



M. M. WARBURG & CO
1798

BEOBACHTUNGEN ZUR ZEIT

No 12



M. M. WARBURG & CO
1798

Tabubruch Meinungsfreiheit

von Dr. Thilo Sarrazin
April 2011

Die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland sind, so sollte man glauben, durch das Grundgesetz ausreichend bestimmt. Der Artikel 5 des Grundgesetzes hat aus der Urfassung des Gesetzes bis heute unverändert überlebt und ist deshalb von jener schönen und schlichten Klarheit, die neuere Textpassagen, wie z.B. jene zur Schuldenbremse, leider nicht auszeichnet.¹

Doch so einfach ist es nicht. Die tatsächlich gelebte und praktizierte Meinungsfreiheit weist andere Grenzen auf als jene des Gesetzes. Diese Grenzen sind nicht formalisiert, aber doch deutlich enger. Sie ergeben sich aus informellen Regeln gesellschaftlicher Gruppen, aus spezifischen Bestimmungen staatlicher und privater Institutionen und aus den jeweils geltenden Grenzen von Anstand und Sitte. Sie sind letztlich Ausdruck eines komplexen gesellschaftlichen Codes. Dieser verändert sich im Zeitablauf und kann zum gleichen Zeitpunkt in derselben Gesellschaft für unterschiedliche Gruppen ganz unterschiedlich sein. Diese Codes unterliegen keinem allgemeinen Trend. Es kann sein, dass sich die Grenzen gesellschaftlich nicht sanktionierter Äußerungen auf bestimmten Gebieten verengen und gleichzeitig auf anderen Gebieten erweitern.

So sind die Grenzen für Meinungsäußerungen und explizite Darstellungen bei sexuellen Themen sicherlich heute wesentlich weiter gesteckt als noch vor vierzig Jahren. Aber ein verfehlter Scherz zur Nazi-Diktatur oder zu Frauenrechten kann im Gegensatz zur Zeit vor vierzig Jahren heute jemanden

¹ Der Text lautet:

- (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
- (2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
- (3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

im öffentlichen Amt oder in einer gut sichtbaren privaten Position durchaus die Karriere kosten. Dagegen enden heute Karrieren nicht mehr wegen außerehelicher Affären oder einer bekannt gewordenen von der Norm abweichenden sexuellen Neigung.

Dieses Netz komplexer Regeln, das die Grenzen der tatsächlich ausübaren Meinungsfreiheit bestimmt, ändert sich im Zeitablauf ständig. Es wird nicht gebildet durch gesellschaftliche Beschlüsse, sondern durch den impliziten Konsens meinungsbildender Gruppen, der bisweilen allerdings auch eine formale Ausprägung erfährt. Es ist das Wesen solcher quasi vorgesetzlichen Grenzen der freien Meinungsäußerung, dass sie dem Einzelnen oft gar nicht bewusst sind. Er richtet sich mit seinen Äußerungen spontan an dem jeweils für ihn geltenden gesellschaftlichen Code aus.

Inhalt und Lage dieser Grenzen einer gesellschaftlich tolerierten Meinungsäußerung können zur selben Zeit in derselben Gesellschaft für unterschiedliche Gruppen ganz unterschiedlich sein. Was in einer bestimmten Nische der Pop- und Jugendkultur an Äußerungen oder Verhaltensweisen vollständig tolerabel ist oder sogar bejubelt wird, kann in einer anderen Gruppe oder einem anderen Kontext zur gesellschaftlichen Ächtung führen.

Die impliziten Grenzen freier Meinungsäußerung schwanken nicht nur im Zeitablauf oder weisen gruppenspezifische Unterschiede auf. Auch in westlichen Demokratien gibt es vielmehr themenbezogen deutliche Unterschiede von Staat zu Staat, von Nation zu Nation. Während z.B. in Schweden die Inanspruchnahme käuflicher sexueller Dienste verboten und auch entsprechend gesellschaftlich geächtet ist, hat es den Wahlchancen des italienischen Ministerpräsidenten in Italien lange Zeit nicht geschadet, dass seine privaten Partys auch von Prostituierten besucht werden. Erst als der Verdacht aufkam, einige von diesen seien minderjährig, kam er in Probleme.

Äußerungen, die in einem Land als berechtigte sachliche Kritik völlig akzeptabel scheinen, solange sie belegbar sind, können in einem anderen Land schon deshalb kaum getan werden, weil sie Kritik enthalten und Kritik einen Gesichtsverlust des Kritisierten bedeutet. Die Bedeutung solcher Normen sah man an der zögerlichen Art, mit der in Japan im März 2011 in den ersten Tagen der Atomkatastrophe die Probleme kommuniziert wurden.

Das fein gesponnene und sich ständig verändernde Netz gesellschaftlicher Normen, die die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung begrenzen, kann sich bei manchen Themen verdichten bis zum gesellschaftlichen Tabu. Hier kann es sein, dass nicht nur bestimmte Meinungsäußerungen, sondern sogar bestimmte Fragen verboten sind und geächtet werden.

Freiheit der Meinungsäußerung und Freiheit des Denkens sind miteinander untrennbar verwoben und wirken aufeinander ein. Das Denken des Menschen ist auf Mitteilung gerichtet. Wo ihn etwas interessiert, möchte er sich anderen mitteilen. Und auf Gebieten, wo Mitteilung nicht möglich ist, stellen die meisten Menschen auch das Denken ein. Die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Diktaturen richtet sich auf die Unterdrückung falschen Denkens mindestens genauso wie auf die Unterdrückung falscher Meinungen. Wo man nicht denkt, können auch keine Meinungen entstehen.

Wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Fortschritt ging immer damit Hand in Hand, dass in gewissem Umfang freies Denken möglich war. Selbst in autokratischen Regierungs- und Gesellschaftsformen kann es ja weite Bereiche geben, in denen der denkende Geist frei schweifen und sich auch mitteilen kann.

Gesellschaften, die ein Übermaß an Mitteilungs- und Denkverboten praktizieren, behindern ihre eigene Entwicklung. Häufig allerdings sind diese Verbote tief in den historischen, kulturellen und religiösen Traditionen dieser Gesellschaften angelegt. Dann sind sie ein nicht hinterfragter, integraler und

selbstverständlicher Teil des gesellschaftlichen Seins und des Bewusstseins ihrer Menschen. Solche Gesellschaften sind sich ihrer eigenen Grenzen gar nicht bewusst und können diese folglich auch nicht überwinden. Das gilt für die heilige Kuh bei den Hindus genauso wie für die untergeordnete abhängige Rolle der Frau in den meisten islamischen Gesellschaften.

Der Aufstieg des westlichen Abendlandes wurde ermöglicht durch die Freiheit des Denkens und Forschens, die seit der frühen Renaissance auf allen Gebieten um sich griff. Die formale Garantie von Meinungsfreiheit im Rahmen der Gewährung bürgerlicher Freiheiten stand am Ende, nicht am Anfang dieses Prozesses. Zuerst kam die Inanspruchnahme von Meinungsfreiheit, dann ihre Kodifizierung im Gesetz.

Umgekehrt gilt auch: Wenn der implizite gesellschaftliche Konsens die Grenzen zur freien Meinungsäußerung verengt, dann verengt er gleichzeitig die Grenzen des Denkens, und dies wiederum beeinflusst Richtung und Inhalt der gesellschaftlichen Diskussion und der künftigen gesellschaftlichen Entwicklung.

Denken ist Macht, und wo um gesellschaftliche Macht gerungen wird, da wird gleichzeitig auch immer um den Umfang und das Ausmaß gesellschaftlicher Denkverbote gerungen. Diese wiederum werden durchgesetzt über die gesellschaftlichen Regeln zu den Grenzen der freien Meinungsäußerung. Solche Prozesse werden nicht planvoll gesteuert. Sie laufen weitgehend unbewusst ab, aber sie prägen das Verhalten aller Beteiligten.

Von gesellschaftlichen Einwirkungen auf ihre Meinung am unabhängigsten sind die Menschen stets dort, wo sie eine eigene fachliche Kompetenz haben, das heißt im Kernbereich ihrer Berufsausübung. Das gilt für den Tischler genauso, wie für den Arzt oder den Physiker. Je weniger die Menschen dagegen zu einer Sache ein eigenes Urteil haben, umso mehr verlassen sie sich auf jene, die aus ihrer Sicht Experten für die jeweiligen Fragen sind. Da der

normale Mensch lieber im Konsens als im Dissens lebt und zudem sozial möglichst wenig anecken möchte, neigt er dazu, auf allen Gebieten, auf denen er kein Experte ist, jene Meinungen zu teilen, die er als Mehrheitsmeinung in der Gesellschaft oder in seiner eigenen Bezugsgruppe wahrnimmt. So entstehen Moden des Denkens genauso wie Moden der Kleidung.

Gesellschaftliche Diskussionen werden demnach nicht von der breiten Masse berufstätiger Menschen bestimmt, egal ob es sich um einen Bauarbeiter oder einen Manager handelt. Gesellschaftliche Diskussionen werden bestimmt von der Klasse der Sinnvermittler. Dies waren in früheren Jahrhunderten die Theologen, dann die Philosophen und Dichter, später auch die Presse. Heute sind es vor allem die Vertreter der Medien, angereichert durch den ein oder anderen medientauglichen Schriftsteller oder Wissenschaftler.

Der größte Teil der im Medienbereich Tätigen hat keine Ausbildung für einen klassischen Brotberuf, etwa als Jurist, Ökonom, Ingenieur oder Naturwissenschaftler. Er hat meist Politikwissenschaft, Germanistik oder Geschichte studiert. Soweit er Experte ist, ist er ein Experte für Kritik und Sinnggebung, nicht aber für Problemlösungen in der sozialen und physischen Wirklichkeit. Bedingt durch Ausbildung und Tätigkeit, haben Mitglieder dieser Gruppe oft auch keinen ausgeprägten Sinn für Zahlen, Proportionen oder die Widerspenstigkeit realer Sachzusammenhänge. Ihre Aufgabe sehen die medialen Sinnvermittler in der wertenden Kommentierung des Weltgeschehens und des Geisteslebens. Bei der Abgabe ihrer Wertungen und der Tendenz ihrer Analysen folgen sie oft herrschenden Moden und unterliegen dabei auch einem gewissen Herdentrieb. Es gibt eine Hackordnung unter den Protagonisten und eine Rangordnung der vertretenen Meinungen und der Werte. Diese wechselt mit der Zusammensetzung der Gruppe und den Moden des Zeitgeistes.

Die sinnstiftende Medienklasse hat als meinungsbildendes Kollektiv Macht und übt sie auch gerne aus: Dort, wo die Bürger nicht beruflich bedingt selbst

Experten sind (oder eine hohe eigene emotionale Beteiligung haben bzw. einen großen Problemdruck spüren), folgen sie nämlich unabhängig von ihrem Bildungsgrad zu 90 % den Meinungen, die ihnen in den Medien angeboten werden.

Aus diesem Grund achtet die politische Klasse zuerst auf die in den Medien geäußerten Meinungen und dann erst auf die Meinung der Bürger. Das nämlich, was über Personen, Programme, Probleme, Skandale, Entscheidungen geschrieben wird, ist in den meisten Fällen auch das, was der Bürger glaubt. Es gibt Ausnahmen, aber sie bestätigen eher die Regel. Natürlich gibt es in den Medien unterschiedliche Meinungen und widerstreitende Interessen, genau wie in der Politik. Das ändert aber nichts daran, dass die politische Klasse einerseits und die Medienklasse andererseits aufeinander angewiesen und auch aufeinander fixiert sind: Die Politik lässt sich durch die Medien lenken. Die Medien bewerten die Politik und haben durch die Art, wie sie den Daumen heben und senken, erheblichen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess.

Politiker und sinnstiftende Medienklasse sind auch dadurch vereint, dass sie nur selektiv lesen und oft genug auch wenig lesen. Welcher Wirtschafts- oder Finanzpolitiker liest denn mehr als einen Teil der Zusammenfassung im Jahresgutachten des Sachverständigenrats für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung? Und welcher Wirtschaftsredakteur macht es anders? Es gibt Ausnahmen, bei einem Teil der Journalisten, die Bücher rezensieren, besteht die Hoffnung, dass sie diese vorher in Gänze gelesen haben. Aber auch das ist häufig nicht die Regel.

Ich möchte an dieser Stelle nicht verallgemeinern: Aber bei meinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ kann man anhand fehlerhafter Sachdarstellungen belegen, dass rund 70 Prozent der Kommentatoren das Buch allenfalls durchgeblättert und maximal 10 Prozent es zur Gänze gelesen haben.

Trotz allen Streites längs der Parteigrenzen und um Einzelthemen sind Politikerklasse und Medienklasse stark aufeinander bezogen. Erstere brauchen die letztere, weil die mediale Zustimmung weitgehend über den Erfolg des Politikers und seine Chancen zum Aufstieg und zur Wiederwahl bestimmt. Letztere brauchen die erstere, weil die Kommentierung von Politik gleichzeitig deren Beeinflussung ermöglicht und damit Macht gibt.

Die Präferenzen des Bürgers bleiben dabei leicht auf der Strecke. Die Medienklasse glaubt mehrheitlich, sie sei aufgeklärter und politisch reifer als der gemeine Bürger, und der normale Politiker glaubt dies im Grunde auch. Darum war das erfolgreiche Volksbegehren gegen die Schulreform in Hamburg so eine Überraschung. Auch die Berliner Landespolitik kam ziemlich durcheinander, als die mit einer Verfassungsänderung 2006 neu eingeführten Möglichkeiten zum Volksbegehren und Volksentscheid tatsächlich genutzt und auch gegen die Regierungspolitik eingesetzt wurden. In der Schweiz hat es gegen die Mehrheit der Medien und der Politik zwei erfolgreiche Volksabstimmungen zum Minarettverbot und zur sogenannten Ausschaffungsinitiative für kriminelle Ausländer gegeben. Nach der vorherigen Medienberichterstattung hätte es diese Abstimmungsergebnisse eigentlich gar nicht geben dürfen, auch die Umfragen gaben ein solches Ergebnis nicht her.

Bei meinem Interview in *Lettre International* im September 2009 und der Veröffentlichung meines Buches „Deutschland schafft sich ab“ im August 2010 gab es beide Male eine Entwicklung, mit der weder die Politikerklasse noch die Medienklasse gerechnet hatten. In beiden Fällen waren die negativen Vorurteile aus politischem Munde und in den Kommentarspalten praktisch bereits gesprochen oder gedruckt, ehe die Druckerschwärze der Zeitschrift bzw. des Buches überhaupt trocken war. Beide Male gab es einen völlig unerwarteten anhaltenden Mediensturm bei Lesern und Zuschauern zugunsten meiner Aussagen. Das führte dazu, dass Politik und Medien ihre Positionen teilweise korrigierten. An dieser Stelle geht es nicht um die Frage, ob ich Recht oder Unrecht hatte, sondern allein darum, dass in diesem Ausnahme-

fall die weitgehende einvernehmliche Ablehnung meiner Analysen und Aussagen durch Politik und Medien letztlich nicht durchschlug.

So etwas geschieht immer dann, wenn Tabus der politischen Diskussion, die meist unter dem Begriff der „politischen Korrektheit“ subsumiert werden, verhindern, dass eine Frage, die viele Bürger intensiv bewegt, tatsächlich auch politisch diskutiert wird. Das führt zu einem Stau in den Unterströmungen des nicht sichtbaren politischen Diskurses, der sich Bahn brechen kann, wenn das tabuisierte Thema doch sichtbar wird.

Eine Tabuisierung von bestimmten Fragen oder Antworten erhöht auf die Dauer die Distanz und das Misstrauen zwischen der Politik und den Bürgern. Ähnliches kann aber auch geschehen, wenn sich die Präferenzen der Bürger allmählich ändern und die Politik davon nichts mitbekommt. Letzteres war der Fall bei der Auseinandersetzung um „Stuttgart 21“ – ein weiterer Fall im Jahre 2010, bei dem sich Bürger letztlich mit Erfolg gegen die Meinung von Politik und Medien zur Geltung brachten.

Der Erfolg meines Buches entgegen aller Verdammnisse durch Politik und Medien und der Stuttgarter Volksaufstand gegen ein planfestgestelltes Großprojekt frustrierten die politische Klasse und die Medienklasse. Der Ärger über den erfolgreichen Volksentscheid zur Schulreform in Hamburg gegen das Votum aller in der Bürgerschaft vertretenen Parteien kam hinzu.

Diesen gemeinsamen Frust brachte der Spiegel-Redakteur Dirk Kubjuweit im Herbst 2010 auf einen Begriff, er erfand den „Wutbürger“. Die Fans meines Buches wurden deshalb auch zu den Wutbürgern gezählt, weil sich einige von ihnen bei einer Lesung in München zu Missfallenskundgebungen gegen einen Journalisten, der mich kritisiert hatte, hinreißen ließen. Darüber erregte sich die Süddeutsche Zeitung sehr und sah flugs Gefahren für die Demokratie.

Der Wutbürger also ist ein Bürger, der sich aus egoistischen Antrieben oder allgemeinem Frust gegen die Meinungsbildung der Politik und der Medien wendet. Er ist, folgt man der Beschreibung seines Erfinders, meist arriviert, häufig älter, wenig aufgeklärt und jedenfalls ein barbarischer Rückschritt gegenüber dem Zustand, als die Medien und die Politik die öffentlichen Angelegenheiten unter sich ausmachten.

Mit dieser wenig wohlwollenden Interpretation der Kritik am Wutbürger habe ich natürlich überspitzt, aber das fördert vielleicht den Erkenntnisgewinn. Im Begriff des „Wutbürgers“ ist bereits die Diffamierungsabsicht erkennbar: Wer die Wut hat, hat sich nicht unter Kontrolle, dessen Rationalität ist eingeschränkt, möglicherweise ist er für seine Handlungen auch nicht voll verantwortlich. Von solcher Art sind eben jene Bürger, die die von Politik und Medien gemeinsam ausgestellten Wechsel nicht einfach querschreiben.

Die bis hierher beschriebenen Mechaniken wirken grundsätzlich in jeder demokratisch verfassten Gesellschaft, so dass die tatsächlich ausgeübte und ausübbar Meinungsfreiheit immer nur eine Teilmenge der gesetzlich möglichen Meinungsfreiheit ist.

Der Unterschied zwischen der gesellschaftlichen akzeptierten und rechtlich zulässigen Ausübung von Meinungsfreiheit ist ein in seinen Grenzen unscharfer und selten genau bestimmbarer Raum. Wer sich mit seinen Meinungsäußerungen in diesem Raum bewegt, hat zwar keine rechtlichen Sanktionen zu gewärtigen, er muss aber mit gesellschaftlichen Sanktionen rechnen. Dazu gehört alles von moralischer Verurteilung und gesellschaftlicher Ächtung bis hin zu übler Nachrede, persönlicher Diffamierung, Lächerlichmachen der Person, Verleumdung und Mobbing.

Wegen des wahrgenommenen Tabubruchs, der in einer Meinungsäußerung außerhalb des gesellschaftlichen Konsenses liegt, sehen sich viele Kritiker und insbesondere deren Mitläufer auch der Notwendigkeit enthoben, sich mit

den Inhalten der kritisierten Äußerung seriös auseinanderzusetzen oder sich auch nur der Anstrengung zu unterziehen, diese geistig aufzunehmen und inhaltlich zu verstehen.

Bei der Sanktionierung einer gesellschaftlich nicht akzeptierten, obzwar legalen, Meinungsäußerung herrschen die emotionalen Gesetze einer steinzeitlichen Stammesgesellschaft. Wer sich durch falsche Meinungen zum Außenseiter des Stammes machte, der wurde verstoßen, oft auch getötet, und auf unterschiedliche Weise malträtiiert. Die bereits etwas aufgeklärten antiken Athener hielten für schwere Fälle gesellschaftlich unakzeptabler Meinungen den Schierlingsbecher bereit, den musste Sokrates trinken. Für leichtere Fälle gab es den Ostrakimos, das Scherbengericht, solche Menschen wurden in die Verbannung geschickt, wenn die Mehrheit es so wollte.

An die Stelle des Stammes tritt in der modernen Gesellschaft eine virtuelle Werte- oder Gesinnungsgemeinschaft. Diese umfasst in den meisten Fragen stets nur Teile der Gesellschaft. Es ist das Kennzeichen der modernen Gesellschaft, dass in ihr ganz unterschiedliche Werte- und Gesinnungsgemeinschaften nebeneinander existieren, die sich teilweise überlappen, teilweise ignorieren, teilweise ständig aneinander reiben. Derselbe Mensch kann in unterschiedlichen Lebenszusammenhängen oder unterschiedlichen Teilaspekten seiner Persönlichkeit ganz unterschiedlichen Werte- und Gesinnungsgemeinschaften angehören.

Die gleichzeitige Existenz unterschiedlicher Werte- und Gesinnungsgemeinschaften produziert innere Widersprüche in großer Zahl. Darum hat das Geistesleben in einer liberalen offenen Gesellschaft immer auch etwas Chaotisches, und das ist gut so. Die Formen der Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Werte- und Gesinnungsgemeinschaften sind zu keiner Zeit besonders vornehm gewesen, da sie aus den beschriebenen Gründen vorwiegend gefühlsgesteuert sind und ihren emotionalen Antrieb aus sehr ursprünglichen Schichten tief im menschlichen Stammhirn gewinnen.

Besonders heftig wird die emotionale Abstoßung dort, wo nicht ohne weiteres zu widerlegende Fakten oder einfache logische Überlegungen wesentliche Inhalte einer Werte- und Gesinnungsgemeinschaft in Frage stellen können. Die heilige Inquisition hatte für solche Fälle den Scheiterhaufen, die Sowjetunion nahm in den siebziger Jahren Rückgriff auf die Irrenhäuser, nachdem Massenerschießungen oder Lagerhaft mittlerweile als politisch inkorrekt galten.

Ich empfand es in diesem Zusammenhang als eine besonders schöne Pointe, dass der Feuilletonchef der Frankfurter Rundschau, Arno Widmann, Anfang Oktober 2009 in einem vor Wut schäumenden Kommentar zu meinem Interview in der Zeitschrift *Lettre International* erklärte, Thilo Sarrazins Ansichten könnten gar nicht ernsthaft diskutiert werden, dieser Mann gehöre ins Irrenhaus. Er war sich der Parallele zur späten Sowjetunion offenbar nicht bewusst, auch Feuilletonchefs können eben Bildungslücken haben.

Das bislang Gesagte war bis auf einige Beispiele genereller Natur, ich habe Gesetzmäßigkeiten beschrieben, die in der einen oder anderen Form für alle Gesellschaften gelten. In allen modernen Demokratien westlichen Typs spielen die Meinungen der als Sinnvermittler tätigen Medienklasse aus den beschriebenen Gründen eine besondere Rolle, denn es ist sowohl für Politiker als auch für Bürger schwer, sich den dort vorherrschenden Meinungen zu entziehen oder ihnen offen zu widersprechen.

Die Sinn vermittelnde Medienklasse bestimmt damit weitgehend darüber, wie weit oder eng der Korridor gesellschaftlicher zulässiger Meinungsäußerungen ist. Allerdings wirkt auch der Bürger mit, je nachdem, wie intensiv er solchen Vorgaben Widerstand leistet oder eben nicht. Darüber wird noch zu sprechen sein. Dass der Widerstand gegenwärtig wächst und die Medienklasse darüber unzufrieden ist, haben wir an der Diffamierungsvokabel „Wutbürger“ gesehen.

Die schrecklichen Verirrungen des zwanzigsten Jahrhunderts, insbesondere der Nationalsozialismus, haben in Deutschland besonders große mentale Verwüstungen angerichtet. Die Entwicklung in Deutschland war aber auch nur Teil eines allgemeinen Trends, der hier besonders ausgeprägt war. Die Verunsicherung des Bürgertums und der Wunsch nach einer heilenden Utopie führten dazu, dass antiautoritäres, linksliberales und teilweise auch marxistisches, in jedem Falle aber antibürgerliches Gedankengut die Werte und Gesinnungen in der Medienklasse weitaus stärker prägte als in der Gesellschaft insgesamt.

Daraus entstand ein recht hermetischer Code des Guten, Wahren und Korrekten, der große Teile der Medienklasse dominiert. Die Kritik an diesem Code kommt im Begriff der „political correctness“ zum Ausdruck. Die militanteren Vertreter der Medienklasse setzen ihren Begriff des politisch Korrekten mit den Grenzen des Anstands gleich. Wer sich ihren Wertungen nicht fügt, hat die Grenzen des Anstandes eben verletzt und ist schon aus diesem Grund seriöser Auseinandersetzung nicht wert. So verfährt z.B. Patrick Bahners in seinem Buch „Die Panikmacher“, bei seiner Kritik an den Islamkritikern.

Die 2006 verstorbene italienische Journalistin Oriana Fallaci nannte in ihrer Streitschrift „Die Wut und der Stolz“ aus dem Jahre 2001 die Vertreter der politischen Korrektheit in den Medien angesichts ihrer süßen Gesänge „die Zikaden“, „diese Insekten, bei denen an die Stelle der marxistischen Ideologie die Mode der politischen Korrektheit getreten ist“... die „Mode oder wohl eher die Demagogie, die im Namen der Gleichheit (sic!) Leistung und Erfolg, Werte und Wettbewerb negiert, die eine Mozart-Symphonie und eine Monstrosität namens Rap oder einen Renaissancepalast oder ein Zelt in der Wüste auf ein und derselben Ebene ansiedelt.“² Man muss den polemischen Impuls von Oriana Fallaci nicht teilen, um den Kern ihrer Kritik zu verstehen.

² Oriana Fallaci: Die Wut und der Stolz, Berlin 2004, S. 184 f.

Natürlich dominiert in der Medienklasse nicht ein ein für allemal abgeschlossener Code der politischen Korrektheit, natürlich gibt es Inkonsistenzen, Unterschiede und gleitende Übergänge, aber man kann doch sagen, dass der Code, dem die Mehrheit der Medienklasse zuneigt, folgende Elemente umfasst:

- Ungleichheit ist schlecht, Gleichheit ist gut.
- Sekundärtugenden wie Fleiß, Genauigkeit und Pünktlichkeit haben keinen besonderen Wert. Leistungswettbewerb ist moralisch fragwürdig (außer im Sport), weil er die Ungleichheit fördert.
- Wer reich ist, sollte sich schuldig fühlen – außer, er hat sein Geld als Sportler oder Pop-Star verdient. Wer arm ist, ist ein Opfer von Ungerechtigkeit und mangelnder Chancengleichheit.
- Unterschiede in den Lebensverhältnissen liegen nicht an den Menschen, sondern an den Umständen.
- Alle Kulturen sind gleichwertig, insbesondere gebührt den Werten und Lebensformen des christlichen Abendlandes und der westlichen Industriestaaten keine besondere Präferenz. Wer anderes glaubt, ist provinziell und fremdenfeindlich.
- Der Islam ist eine Kultur des Friedens, wer Bedenken gegen muslimische Einwanderung hat, macht sich der Islamophobie schuldig. Das ist fast so schlimm wie Antisemitismus.
- Für Armut und Rückständigkeit in anderen Teilen der Welt tragen westliche Industriestaaten die Hauptverantwortung.
- Männer und Frauen haben bis auf ihre physischen Geschlechtsmerkmale keine angeborenen Unterschiede.

- Die menschlichen Fähigkeiten hängen im wesentlichen von Bildung und Erziehung ab, angeborene Unterschiede spielen kaum eine Rolle.
- Auch Völker und Ethnien haben keine Unterschiede, die über die rein physische Erscheinung hinausgehen.
- Der Nationalstaat hat sich überlebt, nationale Eigenheiten haben keinen Wert. Das Nationale ist per se eher böse, jedenfalls nicht erhaltenswert. Das gilt ganz besonders für Deutschland und die Deutschen. Die Zukunft gehört der Weltgesellschaft.
- Alle Menschen auf der Welt haben nicht nur gleiche Rechte, sondern sie sind auch gleich, und sie sollten eigentlich alle einen Anspruch auf die Grundsicherung des deutschen Sozialstaats haben.
- Kinder sind Privatsache, Einwanderung löst alle wesentlichen demografischen Probleme.

In allen diesen Aussagen stecken ein richtiger politischer Kern und ein ehrenwerter moralischer Impuls. Es ist sogar grundsätzlich richtig, dass die Gesellschaft bestimmte Werthaltungen, etwa die Meinung, dass die Frau dem Manne nicht ebenbürtig sei, mit einem negativen Werturteil versieht. Solche Werturteile beeinflussen unmittelbar die öffentliche Meinung, denn die meisten Menschen akzeptieren gesellschaftlich dominierende Werturteile und übernehmen sie für sich selbst, ohne sie zu hinterfragen.

Gleichzeitig verzerren solche Werturteile aber auch das Bild, das die Gesellschaft von ihrer eigenen Meinung hat. Menschen scheuen sich nämlich zu meist, Meinungen zu äußern, die nach ihrer eigenen Einschätzung nicht der gesellschaftlichen Norm entsprechen. Dieser Effekt wird von den Medien und der Politik noch verstärkt. Wer sich außerhalb des Konsenses stellt, wird von den Medien abgestraft, und Meinungen, die von den Medien abgestraft werden, werden vom Mainstream der Politik schon gar nicht geäußert.

Politische Korrektheit erwächst aus dem Grundimpuls, Einstellungen und Werthaltungen zu ächten, die man als moralisch verwerflich oder gesellschaftsschädlich empfindet. Aber politische Korrektheit überdehnt, indem sie verabsolutiert. Wo sie die Legitimität unterschiedlicher Werthaltungen und Fragestellungen im Übermaß einschränkt, gleitet politische Korrektheit ab in Meinungsenge, ja sogar Meinungsterror.

Die Meinungsenge zeigt sich darin, dass bestimmte Fragestellungen oder bestimmte Interpretationsmöglichkeiten empirischer Fakten ausgeklammert werden. Der Meinungsterror beginnt dort, wo diejenigen, die nach den jeweils geltenden Maßstäben der politischen Korrektheit die falschen Fragen stellen oder die falschen Antworten geben, lächerlich gemacht, gezielt missverstanden oder moralisch abqualifiziert werden. So wird aus dem Diktat der politischen Korrektheit leicht ein neues Spießertum.

In drei Fällen wütete in Deutschland der Furor der politischen Korrektheit besonders schlimm, und es ist kein Zufall, dass alle drei mit dem Holocaust zu tun hatten:

- Ein Aufsatz des Historikers Ernst Nolte in der FAZ vom 6. Juni 1986 löste den sogenannten Historikerstreit aus, dabei rückte Nolte den Faschismus, Nationalsozialismus und Bolschewismus in ein enges Entsprechungsverhältnis. Ernst Nolte vertrat Thesen, die man zu Recht als teilweise fragwürdig und teilweise unhaltbar betrachten konnte. Die über den sachlichen Widerspruch hinausgehenden Angriffe gegen ihn verloren jedes Maß und bewirken bis heute seine weitgehende Isolation und Ächtung.
- Der Bundestagspräsident Philipp Jenninger musste sein Amt aufgeben, weil er in einer Rede am 11. November 1988 zum Gedenken an die Reichsprogromnacht, deren Text vollständig in Ordnung war, eine Passage falsch betont hatte, so dass seine Distanz zum Inhalt dessen, was er zitierte, nicht ausreichend deutlich wurde.

- Der Schriftsteller Martin Walser hatte am 11. Oktober 1998 in einer Rede beim Friedenspreis des deutschen Buchhandels gesagt: „Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule.“ Er sprach damit eine besondere Eigenart des politischen Diskurses in Deutschland an und musste ungeheure Diffamierungen über sich ergehen lassen. Gewaltbereite Demonstranten, gegen die niemand einschritt, machten es ihm jahrelang unmöglich, an deutschen Universitäten aufzutreten.

Kürzlich erschien eine Veröffentlichung der Friedrich Ebert Stiftung: In einer repräsentativen Studie mit jeweils 1000 Befragten waren in acht europäischen Ländern Einstellungen zu Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Islamfeindlichkeit und Homophobie abgefragt worden.³ Bei vier Fragenkomplexen gab es nennenswerte Abweichungen zwischen den Ländern. Bei „Fremdenfeindlichkeit“ und „Islamfeindlichkeit“ dagegen waren die Ergebnisse recht homogen.

Die Autoren interpretieren aber den Umstand, dass sich in allen Ländern rund 50 % der Befragten negativ äußerten, nicht als Ausdruck einer europaweit recht ähnlichen Problemlage in Bezug auf Zuwanderer und Muslime, sondern folgern, dass sich die acht Länder in der Verbreitung fremdenfeindlicher oder islamfeindlicher Vorurteile nur gering unterscheiden.⁴ Die Autoren wussten offenbar schon vor ihrer Untersuchung, dass es sich nur um Vorurteile handeln könne. Je höher der Anteil negativer Urteile, desto größer ist nach ihrer Meinung die Unaufgeklärtheit der Gesellschaft.

Dieselben Autoren halten die Mehrheit der Menschen der acht Länder für sexistisch, weil deutlich über 50 % der Befragten meinten, die Frauen sollten ihre Rolle als Frau und Mutter ernster nehmen. Vielleicht wäre ja ein ähnliches Ergebnis herausgekommen, wenn die Umfrage auch erhoben hätte, ob die Männer ihre Rolle als Ehemänner oder Väter wieder ernster nehmen sollten.

³ Andreas Zick, Beate Küpper, Andreas Hövermann: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Bonn 2011

⁴ Vgl. ebenda, S. 64 und S. 71

Das wurde aber nicht gefragt. Es kam den Autoren offenbar nicht in den Sinn, dass die Befragten vielleicht nur ihrer Sorge über hohe Scheidungsraten, Kinderarmut und Kindesvernachlässigung Ausdruck gaben.

Das illustriert: Im Bannkreis der politischen Korrektheit gibt die Wahl der Fragestellung die Grenzen der Erkenntnis bereits vor und beschränkt zugleich das Interpretationsraster denkbarer Antworten. Der Furor der politischen Korrektheit trifft in der erwähnten Studie zunächst die deutsche Sprache. Die Studie spricht über „Vorurteile gegen Einwanderer/innen, Juden/Jüdinnen, Schwarze..., Muslim/innen“, sie ermahnt „Akteur/innen, Meinungsmacher/innen“ und bedauert „Außenseiter/innen in Europa – die Adressat/innen von Menschenfeindlichkeit“. Ganz sicher haben es die Autor/innen bedauert, dass die deutsche Sprache es beim besten Willen nicht zulässt, von „Schwarz/innen“ zu reden.⁵

Natürlich steht für die Autor/innen fest, dass die erwähnten Menschen (warum eigentlich nicht Mensch/innen) „nach wie vor aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit diskriminiert werden, wenn es um gleiche Chancen beim Zugang und der Teilhabe zu beispielsweise Bildung, Gesundheit, Wohnen oder Arbeit geht.“⁶ Dass Frauen länger leben als Männer und mittlerweile auch die besseren Bildungsabschlüsse haben, dass Homosexuelle im Durchschnitt gebildeter sind, besser verdienen und beruflich erfolgreicher sind als Heterosexuelle, dass Inder, Chinesen und Vietnamesen im Bildungssystem erfolgreicher sind als Einheimische und auch höhere Erwerbsquoten haben, all das geht unter in einem undifferenzierten Diskriminierungsgejammer.

Das Problem für die Autor/innen ist allein die „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Jemand, der meint, Frauen sollten ihre Rolle als Ehefrauen und Mütter ernster nehmen“, also 53 % der Deutschen, wird nach diesem Raster genauso der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ geziehen

⁵ Ebenda, S. 18 ff.

⁶ Ebenda, S. 19

wie jemand, der gleichgeschlechtliche Ehen nicht für eine gute Sache hält, also 88 % aller Polen und 17 % aller Niederländer.⁷

Die Autor/innen sind der Meinung, „dass Vorurteile, Stereotype und diskriminierende Mentalitätsbestände in einzelnen Ländern die Demokratie gefährden oder sogar zersetzen“ und halten „die Ergebnisse der vorliegenden Publikation“ für einen „sowohl aufschlussreichen als auch besorgniserregenden Lagebericht“.⁸ Wo bleibt da die Wirklichkeit? Die Weimarer Demokratie ist bestimmt nicht daran gescheitert, dass die Mehrheit der Deutschen der Meinung war, Frauen sollten ihre Rollen als Ehefrauen und Mütter ernst nehmen, und die Demokratiebewegung von Solidarnosc gegen die kommunistische Diktatur wurde nicht dadurch behindert, dass knapp 90 % der Polen nicht finden, dass gleichgeschlechtliche Ehen eine gute Sache sind.

Ich habe mich bemüht, bei der exemplarischen Diskussion dieser Studie ohne Spott und Ironie auszukommen. Ganz ist mir das nicht gelungen. Grundsätzlich ist es ja ein ehrenwerter Impuls, „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zu vermeiden. Dies ist allerdings nicht das zentrale Problem z.B. bei der Erhöhung der Bildungsneigung muslimischer Migrantinnen oder der Bekämpfung von Zwangsheiraten.

Wer die wirkliche Welt und ihre Probleme ausschließlich oder vorwiegend durch die Brille eines Codes der politischen Korrektheit betrachtet, der klammert zahlreiche Fragen systematisch aus oder verneint ihre Berechtigung. Er vergibt die Möglichkeit, die Welt realistisch zu erklären, und verpasst wesentliche Ansatzpunkte für politisches Handeln.

Ein zu enges Korsett an politischer Korrektheit verengt den Kreis an Fragestellungen, den man ohne Furcht vor politischen Sanktionen aufwerfen darf, und er verengt den Kreis der Antworten, die man geben darf. Beides behin-

⁷ Vgl. ebenda, S. 74

⁸ Ebenda S. 12

dert die gesellschaftliche Diskussion und beeinträchtigt die Lösungskapazität für politische Probleme. Gesellschaften, die ihr Meinungsspektrum zu eng fassen, gefährden ihre Reformfähigkeit.

Die Verwalter der politischen Korrektheit in Deutschland sind, wie bereits erwähnt, die Sinnstifter in den Medien, unterstützt durch Kronzeugen aus den Geisteswissenschaften, die bei Bedarf zu Hilfe eilen, mit der politischen Klasse als großenteils willfähigem Resonanzboden.

Vielen Zugschaffnern habe ich in den letzten Monaten Autogramme gegeben (wäre ich politisch korrekt, so hätte ich jetzt schreiben müssen „Zugschaffner/innen“). Im Januar 2011 setzte sich im Zug eine jüngere Schaffnerin zu mir, bat mich um ein Autogramm, um es in ihr Buch einzukleben, und während ich schrieb, bemerkte sie still „Was Sie alles leiden müssen, nur weil Sie sagen, was wir alle denken.“

Ich sagte nichts. Später dachte ich darüber nach: Als Opferlamm war ich mir eigentlich gar nicht vorgekommen. Die Schaffnerin sah ja nicht die gewaltige Zustimmung, die mir vielerorts entgegenschlug. Sie sah nicht den Ruhm, den ich auch erfuhr. Sie sah die Häme, die in vielen Medien über mich ausgeschüttet wurde. Sie sah die hasserfüllten Kommentare, den Versuch, mich nicht nur als Autor, sondern auch als Mensch in meiner Integrität zu treffen.

Und weshalb das alles? Sicherlich nicht wegen meiner Tabellen und Fußnoten. Ich hatte Fragen aufgeworfen und Hypothesen aufgestellt, die jene, die den oben skizzierten Code der politischen Korrektheit in Deutschland verinnerlicht hatten, offenbar als skandalös empfanden, und zwar als umso skandalöser, je stringenter die Logik meines Arguments und je klarer die zitierten Fakten waren. Zu den offenbar besonders skandalösen Feststellungen zählten folgende:

- Intelligenz ist teilweise erblich. Dass intelligentere Eltern weniger Kinder bekommen, ist deshalb ein gesellschaftliches Problem.

- Bildung kann angeborene Begabungsunterschiede nur teilweise ausgleichen.
- Zuwanderergruppen unterscheiden sich voneinander systematisch in ihrer Bildungsneigung und ihrem Integrationswillen.
- Der islamische religiöse Hintergrund ist vielfach ein Integrationshindernis.
- Es ist bedauerlich, wenn die Deutschen wegen ihrer geringen Kinderzahl in wenigen Generationen aussterben.
- Die nationale Eigenart der Völker in Europa ist erhaltenswert. Es ist bedauerlich, wenn deutsche Kultur und deutsche Sprache mit der Zeit verschwinden.

Für die politisch Korrekten half offenbar nur eines: Sich nur ja nicht mit den konkreten Inhalten meiner Analysen auseinandersetzen, dabei könnte sich ja ergeben, dass Argumente fehlen, statt dessen aber Vorwürfe erheben, die mit den Inhalten des Buches gar nichts zu tun haben. Bei der Auseinandersetzung mit mir und meinem Buch haben die Diffamierung, das sachliche Desinteresse und das gezielte Missverständnis bei vielen Medien nach wie vor Konjunktur.

Als ich mein Buch veröffentlichte und der Empörungsturm über mich hereinbrach, war ich in der Endphase meiner beruflichen Laufbahn, strebte kein weiteres Amt mehr an und hatte eine sichere Altersversorgung. Nur eine Minderheit in Deutschland ist so abgesichert. Die Mehrheit braucht ihren Broterwerb, und viele hoffen auf weitere Aufstiegsmöglichkeiten. Das wollen die meisten nicht durch eine übermäßige Inanspruchnahme des Rechts auf freie Meinungsäußerung aufs Spiel setzen. So ist die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht nur in Deutschland.

Es ist den meisten Menschen aber auch unabhängig von objektiven Bedrohungsängsten zutiefst zuwider und trifft auf ihre instinktive Abwehr, sich

außerhalb des Mainstreams jener Meinungen zu bewegen, in deren Bandbreite man unauffällig mitschwimmen kann. Dies gilt auch für die Medienklasse und die Klasse der Politiker.

Manchmal könnte man sogar den Eindruck haben, dass die Bandbreite der im Sinne der politischen Korrektheit als akzeptabel geltenden Meinungen eher abgenommen hat. Und besonders stromlinienförmig kommen mir dabei die mittleren und die jüngeren Jahrgänge vor. Paradoxerweise haben die Jahrzehnte des Wohlstands und der freiheitlichen Demokratie weniger den persönlichen Mut als die Anpassungsbereitschaft und Streben nach Unauffälligkeit genährt.

Das wäre nicht gut. Mit der Freiheit ist das nämlich so eine Sache. Sie floriert nur dort, wo sie auch in Anspruch genommen wird. Wo die Bandbreite der Meinungsfreiheit im öffentlichen Diskurs nicht genutzt wird, wird auch der Pfad der künftig nutzbaren Meinungsfreiheit allmählich schmaler.

Meinungsfreiheit ist wie ein Muskel am Gesellschaftskörper: Was nicht bewegt wird, atrophiert, und wer seine Muskeln nicht regelmäßig streckt, muss wissen, dass der künftige Bewegungsradius seiner Gliedmaßen sinkt.

Thilo Sarrazin wurde am 12. Februar 1945 in Gera geboren und wuchs in Recklinghausen auf. Nach seinem Studium der Volkswirtschaftslehre in Bonn war er zunächst Assistent am Institut für Industrie- und Verkehrspolitik der Universität Bonn, dann wissenschaftlicher Angestellter bei der Friedrich Ebert Stiftung.

Von 1975 bis 1991 arbeitete er im Bundesministerium der Finanzen, unterbrochen durch Aufenthalte beim Internationalen Währungsfonds und im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

1989/90 entwickelte er das Konzept für die deutsch/deutsche Währungsunion und war als Leiter der Arbeitsgruppe „Innerdeutsche Beziehungen“ für den Vertrag zur Wirtschafts- und Währungsunion federführend zuständig. Im Anschluss baute er im Bundesfinanzministerium die Rechts- und Fachaufsicht über die Treuhandanstalt auf.

Im Mai 1991 wurde er Staatssekretär im Ministerium für Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, im Februar 1997 Vorsitzender der Geschäftsführung der TLG Treuhandliegenschaftsgesellschaft in Berlin. Er wechselte im Februar 2000 zur Bahn und war dort zuletzt Mitglied des Vorstandes der DB Netz AG.

Das Amt des Senators für Finanzen im Land Berlin übernahm er im Januar 2002. In dieser Zeit wurde u.a. die Berliner Bankgesellschaft saniert und privatisiert sowie das Haushaltsdefizit Berlins deutlich abgebaut. In den Jahren 2007 und 2008 schloss der Berliner Haushalt, zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Berlin, mit Überschüssen ab.

Von Mai 2009 bis September 2010 war er Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank.

Sein im August 2010 erschienenes Buch „Deutschland schafft sich ab“ löste eine anhaltende Diskussion aus und wurde zum meistverkauften Sachbuch seit 1945.



M. M. WARBURG & CO

1798

